

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode

30.04.2020 Drucksache 18/7654

Antrag

der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Maximilian Deisenhofer, Thomas Gehring, Anna Toman, Gabriele Triebel, Gülseren Demirel, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lehren und Lernen in der Corona-Krise gestalten V: Schülerinnen und Schüler mit digitalen Endgeräten ausstatten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert sicherzustellen, dass für alle Schülerinnen und Schüler ein Leihgerät zur Verfügung gestellt werden kann. Hierzu soll sie prüfen, inwieweit das Bundesprogramm zur Ausrüstung von benachteiligten Schülerinnen und Schülern in Bayern in Absprache mit den Sachaufwandsträgern ergänzt wird. Darüber hinaus muss die Staatsregierung Sorge tragen, dass etwaige Engpässe bei der Beschaffung überwunden werden. Außerdem müssen für die Einrichtung und Wartung dieser Geräte zusätzliche Anrechnungsstunden der Systembetreuerinnen und Systembetreuer zur Verfügung gestellt werden.

Begründung:

Für das Lernen zuhause ist ein funktionierendes digitales Endgerät (Tablet, Laptop), sowie in manchen Fällen ein funktionierender Drucker zwingende Voraussetzung. In vielen Haushalten ist dies aber nicht gewährleistet. Die Bundesregierung hat angekündigt, insgesamt 500 Mio. Euro (150 Euro pro Kind) zur Lösung dieses Problems zur Verfügung zu stellen. Die 150 Euro reichen allerdings nicht aus. Der Freistaat sollte deshalb prüfen, inwieweit eine bayerische Ergänzung des Bundesprogramms möglich ist und wie die konkrete Ausgestaltung in Absprache mit den Sachaufwandsträgern ausschauen wird.

Bei der Beschaffung gibt es für die Sachaufwandsträger an manchen Stellen bereits Engpässe. Hier sollte der Freistaat ebenfalls die Kommunen bei der Beschaffung unterstützen.

Nicht zuletzt müssen die Geräte eingerichtet und gewartet werden. Dies stellt für die sowieso schon überlasteten Systembetreuerinnen Systembetreuer eine erhebliche Zusatzbelastung dar, sodass eine Erhöhung der Anrechnungsstunden geprüft werden soll.